



**Wahlprüfsteine zur Europawahl 2014**

## WAHLPRÜFSTEINE ZUR EUROPAWAHL 2014

---

Der Humanistische Verband Deutschlands (HVD) hat am 10. März seine Wahlprüfsteine zur Europawahl vom 22. bis 25. Mai 2014 an die Spitzen der deutschen Parteien verschickt, die mit Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten sind, und um Antworten gebeten.

Als eine Interessenvertretung konfessionsfreier Menschen und als Weltanschauungsgemeinschaft von Humanistinnen und Humanisten\* in Deutschland ist uns die Selbstbestimmung vom Anfang bis zum Ende des Lebens besonders wichtig. Wir wollen Freiheit in sozialer Verantwortung. Schwerpunkte setzen wir bei der Trennung von staatlichen und religiösen Institutionen sowie der Gleichbehandlung und öffentlichen Einbeziehung konfessionsfreier und nichtreligiöser Menschen. Wir wollen ein Europa, in dem Menschen aus unterschiedlichen Kulturen im Sinne der europäischen Idee und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zusammenarbeiten und Verantwortung übernehmen, um eine friedliche und gerechte Welt möglich zu machen.

Auf europäischer Ebene sind wir dabei durch die Europäische Humanistische Föderation (EHF) repräsentiert, die in unserem Auftrag die Interessen von Humanist\*innen vertritt und den Dialog mit den Institutionen der Europäischen Union führt.

### Unsere Themen im Einzelnen:

- 1. Bekämpfung von Diskriminierungen**
- 2. Unabhängigkeit von globalen Kapitalmärkten**
- 3. Verteidigung sozialer Mindestforderungen und Durchsetzung humaner Minima**
- 4. Europäische Verantwortung in der Flüchtlings- und Entwicklungspolitik**
- 5. Regulierung der internationalen Rüstungsindustrie**
- 6. (Re-)Demokratisierung der Europäischen Union**
- 7. Demokratisierung der Vereinten Nationen**
- 8. Sicherung der Freiheit von Wissenschaft und Forschung**
- 9. Vertragsgemäßer Dialog zwischen EU-Institutionen und Weltanschauungen**
- 10. Gewährleistung der Gedanken-, Rede-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit**

\* Im folgenden Dokument sind mit Humanist\*innen Personen jeden Geschlechts gemeint

---

### 1. Bekämpfung von Diskriminierungen

Seit den 1980ern und vor allem seit der Finanzkrise von 2008 erstarken populistische Bewegungen in Europa. Sie greifen die Demokratie grundlegend an und stellen keine glaubwürdige politische Alternative dar. Sie sind Symptome einer wachsenden öffentlichen Empörung über die Folgen der ökonomischen Krise. Sie verschärfen die sozialen Spannungen und das Misstrauen der Bürger\*innen gegenüber den traditionellen demokratischen Prozessen. Einige von ihnen tragen zur Ausbreitung rassistischer, fremdenfeindlicher, homophober, anti-demokratischer und anti-europäischer Einstellungen bei, die das europäische Projekt in Verruf bringen.

#### Wir fragen:

- a. Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, um die Achtung und Umsetzung der Anti-Diskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union zu sichern, insbesondere hinsichtlich der Rechte von Frauen und Lesben, Schwulen, Transsexuellen und Intersexuellen (LGBTI)?
  - b. Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, um die Achtung und Umsetzung der Anti-Diskriminierungsrichtlinien der Europäischen Union hinsichtlich der Benachteiligung konfessionsfreier Arbeitnehmer\*innen durch das kirchliche Arbeitsrecht in Deutschland zu sichern?
- 

### 2. Unabhängigkeit von globalen Kapitalmärkten

In der Finanzkrise 2008 verloren die europäischen Regierungen zeitweise ihre Handlungsautonomie und wurden zum Spielball der Kapitalmärkte.

#### Wir fragen:

- a. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die demokratisch legitimierte Regierungen unabhängig von den globalen Kapitalmärkten werden und eine Politik im Interesse aller Bürger\*innen Europas machen können?
  - b. Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, damit die ökonomischen und sozialen Rechte der EU-Bürger\*innen gewährleistet werden?
- 

### 3. Verteidigung sozialer Mindestforderungen und Durchsetzung humaner Minima

In einzelnen Politikfeldern hat sich die EU bisher humanen Minimalforderungen verweigert bzw. sich als unfähig dazu erwiesen, wirksame Maßnahmen zum Schutz elementarer Menschen- und Bürgerrechte durchzusetzen. In verschiedenen Bereichen wirkt die gegenwärtig in der EU herrschende Politik sogar gegenüber derartigen Minimalanforderungen als kontraproduktiv, indem sie etwa ausschließlich auf die Wettbewerbspolitik achtet: Das gilt exemplarisch für die Bereiche der Bildung und der Kultur, in denen sie bisher nur indirekt, aber dafür um so wirksamer, auftritt, indem sie Privatisierung und Deregulierung fördert und dazu beiträgt, die Rolle öffentlicher Garantien und Institutionen zurückzudrängen.

**Wir fragen:**

- a. Was werden Sie dafür tun, dass durch einen Privatisierungsvorrang in der EU-Dienstleistungsrichtlinie nicht das Recht der in der Europäischen Union lebenden Kinder, Jugendlichen und Studierenden auf eine staatlich finanzierte und weltanschaulich neutrale Bildung beeinträchtigt oder sogar faktisch aufgehoben wird?
- b. Was werden Sie dafür tun, dass alle in Europa lebenden Menschen auf der Grundlage der Menschen- und Bürgerrechte ohne Diskriminierung ihre Kulturen entfalten können und öffentliche Förderung für ihre kulturellen Aktivitäten finden?
- 

**4. Europäische Verantwortung in der Flüchtlings- und Entwicklungspolitik**

Dass seit Jahren zahlreiche Menschen bei dem Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu flüchten, sterben müssen, repräsentiert aus unserer Sicht ein unerträgliches Zeugnis des Versagens europäischer Politik. Wir sind der Überzeugung, dass der Tod dieser flüchtenden Menschen nicht akzeptiert werden darf. Die Ursachen und Motive für die große Zahl flüchtender Menschen sind vielfältig, haben jedoch auch zahlreiche Ursachen in europäischen Verhältnissen. Die Europäische Union sollte diejenigen, die sich zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen sehen, weder mit militärischen Abwehrmaßnahmen noch mit Gleichgültigkeit und Tatenlosigkeit gegenüberreten.

**Wir fragen:**

- a. Sind Sie der Auffassung, dass sich im Tod von Flüchtlingen auch das Versagen europäischer Politik widerspiegelt?
- b. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass Flüchtlinge in Zukunft nicht mehr bei ihrem Versuch, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen, sterben müssen?
- c. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass sich die Zahl der Menschen, die im Verlassen ihrer Heimat den einzigen Weg zu einem guten und sicheren Leben sehen, verringern wird?
- 

**5. Regulierung der internationalen Rüstungsindustrie**

Die Rüstungsindustrie ist international tätig und kann leicht die Produktion und Ausfuhr von Waffen innerhalb Europas verlagern, sodass es sinnlos ist, wenn einzelne Staaten Waffengeschäfte verbieten, die im Nachbarland von statten gehen können. Die Waffen der europäischen Rüstungsindustrie werden in verschiedenen Ländern auch dazu eingesetzt, Demokratisierungsbewegungen zu bekämpfen und zu unterdrücken.

**Wir fragen:**

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Waffenexporte künftig vom EU-Parlament geprüft und genehmigt werden und nicht mehr wie bisher nur von den Einzelparlamenten der Mitgliedsstaaten?

## 6. (Re-)Demokratisierung der Europäischen Union

In den letzten Jahren gab es eine verstärkte Tendenz zur Verlagerung der Machtgleichgewichte innerhalb der EU zum Europäischen Rat. Angesichts dessen wird es immer wichtiger, demokratische Gegenkräfte zu stärken. Dabei kann das Europäische Parlament initiativ werden, indem es etwa seine Kooperation und den Dialog mit den nationalen Parlamenten ausbaut und stärkt. Oder indem es seine eigenen Möglichkeiten zu einem Dialog mit den Unionsbürger\*innen dadurch ausweitet, dass es gezielt mit den sich entwickelnden Strukturen der europäischen Zivilgesellschaft zusammenarbeitet und sich für aktuelle Dialoge mit grenzübergreifenden sozialen Bewegungen und politischen Initiativen öffnet.

### Wir fragen:

- a. Welche konkreten Schritte werden Sie unternehmen, um die aktive Beteiligung von Bürger\*innen in öffentlichen Entscheidungsprozessen und ein europäisches Bürger\*innengefühl zu fördern?
  - b. Was werden Sie tun, um die bestehenden Formen der Kooperation mit den nationalen Parlamenten besser zu nutzen und im Sinne der demokratischen Öffnung wirksam auszubauen?
  - c. Was werden Sie tun, um die Kooperation des Europäischen Parlamentes mit den institutionellen Strukturen der EU zu stärken, in denen heute eine kontinuierliche Beteiligung der organisierten Zivilgesellschaft stattfindet?
  - d. Was werden Sie tun, um die existierenden Strukturen des Europäischen Parlamentes für den Bürger\*innendialog im Sinne einer nachhaltigen Öffnung für aktuelle Dialoge mit derartigen Initiativen von unten zu nutzen?
- 

## 7. Demokratisierung der Vereinten Nationen

Obwohl bis heute Demokratiedefizite im Verhältnis zwischen den Institutionen der Europäischen Union und den sie bildenden Bürger\*innen bestehen, ist das Europäische Parlament in globaler Perspektive immer noch ein Vorbild für eine Demokratisierung von politischen Prozessen in überstaatlichen Zusammenhängen. Humanist\*innen schätzen und fordern diese Demokratisierung, an der es auf Ebene der Vereinten Nationen mangelt. Auch wenn die Europäische Union keinen unmittelbaren Einfluss auf die Demokratisierung der Vereinten Nationen nehmen kann, besitzt sie unserer Überzeugung nach Möglichkeiten, hier Beiträge zu leisten.

### Wir fragen:

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Europäische Union aktiv und eigenständig für eine Demokratisierung der Vereinten Nationen, wie bspw. durch die Schaffung eines direkt gewählten Weltparlamentes, wirbt und entsprechende Initiativen unterstützt und fördert?

## 8. Sicherung der Freiheit von Wissenschaft und Forschung

Wissenschaftliche Forschung muss frei und unabhängig von religiösen Glaubensvorstellungen bleiben. Sie sollte nur von der Vernunft, von Experiment und Beweis innerhalb der gesetzlichen Grenzen der Ethik geleitet werden.

### Wir fragen:

- a. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Entwicklung europäischer Forschung nicht durch religiöse Glaubensvorschriften beeinträchtigt oder verhindert wird?
  - b. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass die europäische Forschung von Maßstäben des allgemeinen Interesses und nicht nur nach ökonomischen Kriterien bestimmt wird?
- 

## 9. Vertragsgemäßer Dialog zwischen EU-Institutionen und Weltanschauungen

Seit der Umsetzung des Lissaboner Vertrages sind die Institutionen der Europäischen Union zu einem „offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog“ mit Kirchen und weltanschaulichen Organisationen verpflichtet, siehe Artikel 17 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV). Seit 2009 gestaltete sich die Durchführung des Dialogs generell als Bevorzugung der christlichen Kirchen trotz einiger Anstrengungen in jüngster Zeit, hier eine neue Balance zu erreichen. Die Europäische Humanistische Föderation, die unsere Interessen auf EU-Ebene vertritt, fordert den Erlass klarer Richtlinien, welche die Umsetzung der Vorgaben von Art. 17 AEUV im Sinne einer gleichberechtigten Einbeziehung der europäischen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften regeln.

### Wir fragen:

- a. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Vertreter\*innen der EU-Institutionen den von Artikel 17 AEUV vorgesehenen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den weltanschaulichen Organisationen durchführen?
  - b. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die von der EHF geforderten Richtlinien erlassen werden?
- 

## 10. Gewährleistung der Gedanken-, Rede-, Religions- und Weltanschauungsfreiheit

Europa ist in seiner Kultur und Geschichte von vielfältigen Einflüssen und Entwicklungen geprägt. Heute leben in der Europäischen Union die Angehörigen vieler Religionsgemeinschaften und auch viele Millionen Menschen, die sich keiner Religion verbunden fühlen. In der Vergangenheit hat es dabei wiederholt Einladungen des Europäischen Parlaments an religiöse Führungspersonlichkeiten zu Ansprachen vor dem Plenum gegeben. Noch nie zu Wort gekommen sind hier jedoch bisher Vertreter\*innen der Millionen Menschen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören.

### Wir fragen:

- a. Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass alle nationalen Gesetze gegen die sogenannte „Blasphemie“ abgeschafft werden, damit die von der EU-Menschenrechtscharta garantierte

Meinungsfreiheit geschützt werden und die Kritik an religiösen oder philosophischen Dogmen nicht mehr strafrechtlich verfolgt wird?

b. Wie werden Sie sich über die Bestimmungen von Artikel 17 AEUV hinaus für ein gerechtes und friedliches Neben- bzw. Miteinander von religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften einsetzen?

c. Unterstützen Sie unsere Forderung, dass ebenfalls eine Vertreter\*in der weltanschaulichen Gemeinschaften vor dem Europäischen Parlament zu Wort kommen kann?